Nummer 549

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Dienstag, 25. November 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Kentner, Inseratenteil: i. V.: H. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Akt.-Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Der Krieg der Zukunft.

Immer war Krieg in der Welt, und immer wird er bleiben. Das ist ein Naturgesetz. Mag und soll die Menschheit den ewigen Frieden erstreben, er bleibt ein Traum, solange das Recht in der Hand des Starken zur Macht umgebogen wird und solange es Völker gibt, deren Blut dicker ist als Wasser. Auf allen Gebieten menschlichen Lebens herrscht Kampf, und es ist noch nicht entschieden, ob der sogenannte friedliche Kampf um die Existenz der Völker und einzelnen Menschen nicht sehr viel mehr Opfer im Laufe der Jahrhunderte gefordert hat, als der zeitweilige kriegerische Zusammenstoß der Nationen.

Der Weltkrieg in seinem unerhörten Ausmaß, nach allem Leid und Opfern, mußte die Sehnsucht der Menschheit nach einem endgültigen Frieden aufs stärkste steigern. Der satanische Friedensschluß läutete ihn nicht ein, neue Not wurde in alle Welt gebracht und die Idee wahren Rechtes mit Füßen getreten. Die brutalen Sieger gründeten den Völkerbund zur Erhaltung ihrer Rechtsansprüche, zur Beruhigung ihres schlechten Gewissens und zur Täuschung der Menschheit. Sie, in deren Hand es gelegen hätte, für Jahrzehnte eine Zeit der äußeren Ruhe für die Völker herbeizuführen, sie wußten nichts Besseres zu tun, als den Samen für neue Kriege gegenüber der Zeit vor 1914 um das Hundertfache zu vermehren und den Besiegten Sklavenketten überzuwerfen, an denen sie dauernd rütteln müssen, wenn ihre Völker nicht in vollständiger Entkräftung sterben wollen.

Wer wagt heute in der Welt zu bestreiten, daß die Friedensverträge den Beginn einer neuen Epoche bedeuten, die auch kein gar nicht besser ist, als die vorhergegangene, die im Gegenteil die Unruhe in der ganzen Welt aufs höchste gesteigert hat und die zu einer Explosion, dem Kampf aller gegen alle drängt?

Frankreich allein, Entgründer und Nutznießer des Weltkrieges, der stärkste Vertreter des demokratischen Prinzips und laute Rufer für Humanität, steht auf einsamer Höhe. Nur begabte Helaten umkreisen den stolzen Thron. Aber gerade die französische Nation fürchtet sich, sucht im politischen Spiel alle anderen Völker immer fester gegenseitig zu verstricken und wappnet sich mit dem größten und ausgerüstetsten Heere, das die Welt je sah. Die Furcht ist begründet. Die Epigonen Ludwig XIV. und Napoleons haben schlecht Geschichte gelernt, denn diese ist gerecht. Sie war es einst und zertrümmerte ein auf Machtgier und Haß aufgebautes Wahngebilde! Das Frankreich von heute wird und muß den gleichen Weg gehen oder die Weltgeschichte hat ihren Sinn verloren.

Deutschland windet und quält sich unter den Ketten von Versailles. Aber schwerer als dies Schicksal ist die Tragik, daß die Masse unseres Volkes immer noch von Verhängung und Gerechtigkeit träumt. Ein körperlich entnervtes Volk findet weder die poetische Größe noch die stolze Führung, die allein einen unüberwindlichen nationalen Schwung erhalten können. Erst in den letzten Monaten klirt ein Rauschen aus tiefstem Volkskampfinden, aber noch ungelenkt und voll unreiner Dissonanzen. Gelingt es mit Hilfe dieser spontanen Bewegung, deutsche Art und deutsches Wollen gegenüber den herrschenden internationalen und im Sklaventum sich abfindenden Strömungen zum Siege zu verhelfen, so — aber auch nur dann — ist eine nationale Neugeburt geschaffen und Deutschland wird aus der chaotischen Gegenwart zu neuer Weltgeltung und harmonischer Gestaltung seines inneren Staatslebens emporwachsen.

Die Zeit drängt. Die Abrüstungskomödie wird in der harten Wirklichkeit nur die Folge haben, daß alle Staaten aufrüsten. Frankreich und seine Satrapen gaben das Signal. Ihre Furcht erfand den Begriff „Sicherheit". Welcher Staat kann sich in Europa heute, umgeben von waffenführenden Nachbarn, sicher fühlen? Nur Frankreich — und dieses hat die größte Angst! Die warnenden Worte des deutschen und russischen Vertreters in Genf waren von der Welt kaum gehört worden. Es ist das historische Verdienst Mussolinis, daß er seinem früheren Alliierten die Tarnkappe vom Kopf riß und den Schläfern das brutale Wort ins Gesicht rief: Europa steuert in einen neuen Krieg hinein — dank Frankreich!

Und in der Tat! Viel ernster als vor 1914 bereiten die Staaten den Krieg vor. Noch wirkt eine verständliche Ermüdung der Völker nach, noch hemmen die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte kriegerische Tendenzen, noch scheuen die Staatsmänner die wahren Gedanken zu enthüllen — aber die drohende Sphinx „Krieg" reckt von Monat zu Monat mehr ihr schattenhaftes Haupt. Wer kann mit Bestimmtheit sagen, ob nicht in der nächsten Zukunft die französisch-italienischen Gegensätze zur hellen Flamme emporlodern, ob Pilsudskis Irrsinn und Größenwahn nicht nach deutschen Boden greifen oder ob Frankreich bei weiterem Wachsen seiner politischen Gegenspieler nicht einen Präventivkrieg, den Deutschland nach 1871 immer ablehnte, vom Zaune bricht, um uns völlig zu zerschmettern?

Nur in Deutschland schließt man die Augen vor den Tatsachen. Dort sucht eine Regierung in Protesten und Noten schlimmstes Unrecht zu verhüten, dort schürt eine betörte Masse auf Verständigung und Recht, bleibt würdelos um die Gunst Briands und bekämpft erbittert jeden wehrhaften Gedanken. Hervortretende Sozialisten versemen den deutschen Soldaten in öffentlicher Rede, ohne daß die gesamte öffentliche Meinung sie Schurken nennt. Nationale Männer freuen sich über das äußere Bild der allzu kleinen Reichswehr, seufzen aber über die deutsche Wehrlosigkeit und hoffen auf die Wiederkehr von Vernunft und Erkenntnis.

Der Zeiger der Uhr der Geschichte schreitet vorwärts. Er wartet nicht, bis der deutsche Michel seinen Schlaf beendet hat. Wie 1914 kann ein unerwartetes Ereignis die Brandfackel in das Gebälk werfen! Hat sich in Deutschland eine Regierung seit 1918 schon einmal überlegt, was sie zu tun gedenkt, wenn in Europa zwei Nationen aufeinanderprallen, wenn polnische und französische Horden unsere Grenzen überfluten? Von militärischen Vorbereitungen hat man nichts gehört, sie würden auch von der roten Internationale verraten werden. Versailles hat alle Mobilmachungsarbeiten verboten. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns endlich das Recht auf Selbstverteidigung nehmen. Der passive Widerstand der Ruhr-Bevölkerung beim französischen Einmarsch 1923 brach zusammen, weil er nicht vorbereitet war und weil der aus Not und Wut impulsiv brandende Volkswille zur Aktivität von einer preußischen Regierung sabotiert wurde. Glaubt noch ein Mensch mit Verstand in Deutschland, daß der Völkerbund uns helfen wird? Dieses Theater der Eitelkeit und Lüge wird nach langweiligen Dialogen mehrere Akt lang die Tragödie Deutschlands beschließen.

Nein — wir Deutschen werden zunächst immer allein stehen und je nach der Stärke unserer Widerstandskraft erst Unterstützung gewinnen. Das heldenhafte Empfinden, das das ungarische Volk durchpulsht, fehlt uns. Aber das Gebot der Selbsterhaltung wird naturhaft aufspringen. Schade dann um die tapferen Männer aus allen Bevölkerungskreisen und um die Reichswehr, die sich zu opfern bereit sind. Nutlos wäre ihr Vorhaben, denn jeder Widerstand muß jahrelang durchdacht, vorbereitet und organisiert sein. Ist dies geschehen? Sicherlich haben die Soldaten sich mit solchen Fragen beschäftigt, aber haben die Träger der staatlichen Verantwortung, Regierung und Parlament, sich ernstlich einmal in den letzten Jahren mit dieser Frage beschäftigt? Das „System" der Nachkriegszeit

Graf Bethlens geglückte Mission.

Auf dem Wege zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag.

Wieder nach Budapest abgereist.

Die Berliner Vereinbarungen.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hat Gelegenheit zu eingehendem Gedankenaustausch des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen mit Graf Bethlen und den Herren seiner Begleitung geboten. Hierbei wurde die gesamte politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Deutschland und Ungarn gemeinsam betreffenden Fragen und Interessen erörtert. In den Besprechungen wurde die volle Uebereinstimmung in der Beurteilung aller dieser Fragen und mit besonderer Befriedigung das Fortbestehen der auf gemeinsamem Schicksal, auf gleichgerichteten politischen Zielen und auf enger kultureller Verbundenheit festbegründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern festgestellt.

Eine wichtige Rolle spielten in den Unterhaltungen zwischen den deutschen und den ungarischen Staatsmännern die wirtschaftlichen Probleme der beiden Länder im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Es wurden in allgemeinen Linien die verschiedenen Möglichkeiten für eine Besserung des wechselseitigen Güteraustausches erörtert. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde verabredet, die Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages Ende Februar oder Anfang März 1931 aufzunehmen."

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat Montag abend mit dem fahrplanmäßigen Zug um 18.48 Uhr Berlin verlassen, um nach Budapest zurückzukehren. Der Reichspräsident hat Graf Bethlen zur Erinnerung sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift übersandt und dem ungarischen Ministerpräsidenten durch Staatssekretär Dr. Meißner seine Abschiedsgrüße auf dem Bahnhof übermitteln lassen. Außer Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten hatten sich zum Abschied am Anhalter Bahnhof Reichskanzler Dr. Brüning, die Staatssekretäre Dr. Pünder und von Bülow, der deutsche Gesandte in Budapest von Schoen, Ministerialdirektor Dr. Köpke, der Chef des Protokolls Graf Tattenbach und eine Anzahl anderer Herren des Auswärtigen Amts eingefunden. Der ungarische Gesandte von Kanya war mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft gleichfalls erschienen.

Vor seiner Abreise hatte Graf Bethlen gestern noch Gelegenheit genommen zu einer Besichtigung des Deutschen Sportforums im Grunewald. Der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Exz. Lewald, hatte persönlich die Führung der ungarischen Gäste übernommen und zeigte diesen neben den Anlagen des Sportforums auch den Uebungsbetrieb der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. Graf Bethlen sprach sich nach der Besichtigung überaus lobend aus und beglückwünschte Exz. Lewald zu der imposanten Musteranlage.

*

Ueber die Eindrücke des ungarischen Staatsmannes in Berlin äußerte sich Ministerpräsident Graf Bethlen kurz vor seiner Abreise gegenüber dem Chefredakteur des WTB. u. a. wie folgt: „Ich bin in Berlin so freundschaftlich aufgenommen worden, daß ich davon wirklich gerührt bin. Ich ziehe daraus den festen Glauben, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn wie in der Vergangenheit, so bestimmt auch in der Zukunft so gut und so warm sein werden, wie das unserer alten Tradition entspricht."

Auf die Frage nach dem Ergebnis der materiellen Nebenaufgaben, die zugleich mit der Verkündung dieser traditionellen Freundschaft mit der Berliner Reise des Grafen Bethlen verfolgt wurden, erklärte dieser: „Ich bin auch in dieser Beziehung durchaus zufrieden. Bis jetzt bestand sicher eine gewisse Verstimmung in Ungarn wegen der Schwierigkeiten, denen unsere Handelsbeziehungen in gewisser Weise unterworfen waren.

Die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages waren nicht nur zeitweilig ins Stocken geraten, sondern fast unterbrochen. Jetzt haben wir ein feststehendes Datum, und die Probleme sind in ihren großen Linien durchgesprochen worden und zwar in einer Weise, die die Interessen beider Staaten wahrt. Ich bin jetzt überzeugt, daß danach ein Handelsvertrag zustande gebracht werden kann, dessen Ergebnisse mit beiderseitigem guten Willen von den beiden Parlamenten genehmigt werden können.

Das wird sicher die Verstimmung wirtschaftlicher Kreise, von der ich eben sprach, beseitigen und somit unsere Beziehungen noch viel inniger gestalten, was der aufrichtige Wunsch der ungarischen Regierung ist."

Der Frageteller wies darauf hin, daß von einzelnen ausländischen Pressorganen der Besuch mit diesen oder jenen geheimnisvollen Absichten in Verbindung gebracht worden ist. Dazu äußerte sich Graf Bethlen:

„Die Gründung eines revisionistischen Blocks, oder was man sonst in meinen Besuch hineingeheimnist haben mag, gehört in das Gebiet der Fabel, und zwar in jeder irgendwie denkbaren Version.

Meine Reise nach Berlin hat nicht das geringste mit derartigen Dingen zu tun, und sie sind auch, abgesehen von dieser Reise, von ungarischer Seite nie ins Auge gefaßt worden. Sie könne jede derartige Version entschieden dementieren."

Schließlich ließ sich Graf Bethlen des längeren über seine persönlichen Eindrücke von Berlin aus. Er sei seit 20 Jahren nicht mehr in der Reichshauptstadt gewesen. „Um so mehr habe ich mich gefreut", so betonte der Ministerpräsident, „ja, war ich geradezu überrascht durch das Maß der Freundschaft, die mir aus den verschiedenen Gesellschaftsklassen entgegengebracht worden ist. Die Wärme, mit der ich begrüßt wurde, ist mir ein Beweis dafür, daß unsere Schicksalsgemeinschaft im deutschen Volk ebenso lebendig empfunden wird wie im ungarischen. Sie ist mir weiter ein Beweis dafür, daß eine Politik des Hand-in-Hand-Gehens vom deutschen wie vom ungarischen Volk durchaus gebilligt wird."

„Als ich heute nachmittag", so fuhr der Graf fort, „auf dem Wege nach dem Flugplatz und nach der Hochschule für Leibesübungen durch neu entstandene Stadtteile kam, die mit Einblick die Nachkriegsleistungen des deutschen Schaffens gewährten, wurde mir die kolossale Kraft des deutschen Volkes bewußt. Probleme zu lösen und Organisationen durchzuführen, die als Beweis für die Anpassungsfähigkeit eines Volkes an neue Verhältnisse gewürdigt werden müssen."

Reichstagsmehrheit oder Artikel 48.

Entscheidung über das Schicksal des Finanzprogramms schon Ende dieser Woche?

Die Sozialdemokraten bei Brüning.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte gestern abend eine Unterredung mit den Vertretern der Sozialdemokratie Müller, Breitscheid und Hilferding. Es handelte sich um die Fortsetzung der am Sonnabend begonnenen Parteiführerverhandlungen über die parlamentarische Erledigung des Finanzprogramms.

Wie verlautet, haben die Vertreter der Sozialdemokraten dem Reichskanzler erklärt, daß sie zwar die im Reichsrat an dem Finanzprogramm vorgenommenen Aenderungen als eine gewisse Verbesserung ansähen, jedoch darüber hinaus im Reichstag noch eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen zu den verschiedensten Gebieten des Programms einbringen müßten und daß sie ihre endgültige Stellung zu dem Gesamtkomplex davon abhängig machen würden, wieweit ihre Abänderungswünsche Berücksichtigung fänden. Also: Das übliche und von sozialdemokratischer Seite her nicht mehr ungewohnte Verfahren der politischen Erpressung.

Reichskanzler Brüning soll den Sozialdemokraten zur Antwort gegeben haben, daß er grundsätzliche und weitgehende Abänderungen des Programms nicht zulassen könne und auch nicht die Absicht habe, sich mit dem Reichstag in wochenlange Verhandlungen über die Finanzgesetze einzulassen. Wenn sich die Parteien untereinander auf einige wenige nicht so wichtige Abänderungen einigen würden, so würde er dem Rechnung tragen; einschneidende Eingriffe in das Programm lämen jedoch für die Regierung nicht in Frage.

Wie wir weiter hören, will der Kanzler seine Besprechungen mit den Parteiführern bis Mittwochabend zu Ende führen und dann Freitag oder Sonnabend das Ergebnis dieser Besprechungen dem Reichskabinett in einer besonderen Sitzung vorlegen. In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß schon in dieser Sitzung die Entscheidung fallen kann, ob die Reichsregierung überhaupt noch auf weitere Verhandlungen mit dem Reichstag Wert legen oder (falls der Kanzler den Eindruck gewonnen haben sollte, daß eine parlamentarische Verabschiedung aussichtslos ist) sofort zur Verkündung des Finanzprogramms auf Grund des Artikels 48 schreiten wird.

*

Kabinettsberatung über Reichsbahn-Tarifsenkung.

Hoffnung auf ein positives Ergebnis.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, in der, wie berichtet, die Vorgänge in Ostoberschlesien zur Sprache gekommen sind, ist weiterhin das Problem einer Tarifsenkung bei der Reichsbahngesellschaft beraten worden, um der Preissenkungsaktion einen neuen Impuls zu geben. Die Beratungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Sie gestalteten sich bisher dadurch sehr schwierig, daß die Reichsbahngesellschaft infolge ihrer Finanzlage sich umfassenden Tarifabbaumaßnahmen widersetzt hat. Zu Regierungskreisen nimmt man jedoch an, daß die Verhandlungen in kurzem zu einem positiven Ergebnis, d. h. zu Tarifsenkungen führen werden.